

DIE LINKE.

Offene Liste in Butzbach

Januar/Februar 2026

Die Wohnungen bleiben städtisch- Basta!

Die Butzbacher Wohnungsgesellschaft GmbH (BWG) und die Landgrafenschloss Butzbach GmbH (LSB) besitzen derzeit zusammen ca. 950 Wohnungen. Für die Butzbacher Linke ist klar: Dabei muss es auch bleiben! Denn überall dort, wo Wohnungen verkauft wurden, sind anschließend die Mietpreise durch die Decke geschossen.

Um die Wohnungen zu erhalten, muss mehr getan werden, als schöne Presseerklärungen und Wahlprogramme zu schreiben. Die Gesellschaften müssen in den Gebäudebestand investieren, um die geforderten Mindeststandards in Sachen Wärmedämmung zu erreichen. Aus den laufenden Mieteinnahmen können die notwendigen Gelder nicht erwirtschaftet werden. Aus Sicht der Linken ist es dringend erforderlich, dass die Stadt Butzbach als Eigentümerin der BWG in den

nächsten Jahren regelmäßig einen Betrag zur Verfügung stellt, um damit 1 bis 2 Wohnblöcke zu sanieren. Dazu müssen Förderprogramme in Anspruch genommen werden.

Aus den Überschüssen der Mieteinnahmen sollte die BWG selbst nochmals die Sanierung von 1 - 2 Blöcke finanzieren können. Wenn Gebäude verkauft werden, müssen in gleichem Umfang neue Wohnungen gebaut werden. Vor allem barrierefrei, denn dafür besteht

Fortsetzung Seite 2

Kommunalwahl am 15. März 2026

19 Frauen und Männer kandidieren auf der Liste der Linken in Butzbach für die Stadtverordnetenversammlung. Auch für die Ortbeiräte Kernstadt, Pohl-Göns und Griedel bewerben sich linke Kandidat:innen.



Platz 1: **Julia Haffer**,
Griedel



Platz 2:
Walter Strasheim-Weitz,
Pohl-Göns



Fortsetzung von Seite 1

Die Wohnungen bleiben städtisch. Basta!

ein großer Bedarf. Die Wohnungen der LSB sind nicht nur in energetischer Hinsicht dringend sanierungsbedürftig. Manche Häuser sind aus wirtschaftlicher Sicht kaum mehr sanierbar. Doch die Mieter brauchen auch künftig bezahlbare Wohnungen und deshalb muss dringend neu gebaut werden.

Eine starke Wohnungsbaugesellschaft als Vermieter

Das Nebeneinander von zwei städtischen Immobiliengesellschaften darf kein Nachteil für die Mieter sein. Die Übertragung der Wohnungen von der LSB an die BWG, bzw. die bereits beschlossene Auflösung der LSB und die Fusion mit der BWG, ist überfällig! **Mieter brauchen Sicherheit!**

In der Diskussion um einen Verkauf der Hochhäuser wurde beteuert, dass eine entsprechende Anzahl von Wohnungen neu geschaffen wird. Die vorgelegten Rechenbeispiele zeigen jedoch, dass dies nicht unbedingt der Fall ist.

Nur dann, wenn der Neubau in der Mozartstraße mit ca. 15 Wohnungen einberechnet wird, kommt man in eine entsprechende Größenordnung. Dieser Neubau wurde aber vor allem deshalb beschlossen, weil bei der BWG ca. 120 Wohnungssuchenden auf der Warteliste stehen! Er kann deshalb den Verlust bei den Hochhäusern nicht ausgleichen.

Große Nachfrage für bezahlbarem Wohnraum

Ein anderes Problem ist, dass bei einem Verkauf der Hochhäuser die Wohnungen sofort aus dem Bestand der BWG herausfallen, die Ersatzneubauten aber erst Jahre später zur Verfügung stehen.

Aus Sicht der Linken führt kein Weg an der Sanierung der Hochhäuser vorbei. Die Hochhäuser sind mit einem Aufzug ausgestattet und somit für mobilitätseingeschränkte Menschen geeignet. Die Sanierung ist zudem vermutlich wesentlich schneller zu realisieren als ein Verkauf und Ersatzneubau.

Unser Zukunftskonzept für die städtischen Immobiliengesellschaften:

- Der Wohnungsbestand von BWG und LSB soll bei mindestens 950 Wohnungen bleiben!
- Kein Verkauf der Hochhäuser!
- Sanierung der Hochhäuser so rasch als möglich! Im städtischen Haushalt sind die dafür notwendigen Gelder eingeplant!
- Bei einer Entmietung müssen die Interessen der Mieter so gut als irgend möglich gewahrt werden.
- Kontinuierliche Förderung der BWG durch die Stadt und Einwerbung von Fördergeldern, um energetisch zu sanieren und die Wohnungen in die soziale Bindung zu bringen!
- Die BWG soll mit dem erzielten Mietüberschuss auch Gebäude, die finanziert sind sanieren. Auch Menschen, die keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen.
- Für die Gebäude der LSB und die darin lebenden Menschen muss eine Lösung gefunden werden!
- Und schließlich: Die Fusion von LSB und BWG vorantreiben und zeitnah zum Abschluss bringen!

Kandidat:innen online

Die Linke wird ab Januar ein neues Format ausprobieren. Einmal in der Woche wird es eine offene Videokonferenz geben, in der sich Kandidat:innen der Linken für die Kommunalwahl in Butzbach den Fragen der Wähler:innen stellen. Selbstverständlich werden die Veranstaltungen moderiert, um sicher zu stellen, dass mit dem gebotenen Respekt miteinander umgegangen wird. Die genauen Termine stehen noch nicht fest, ebenso die Plattform auf der die Videokonferenz laufen wird. Wer sich dafür interessiert, sollte Anfang Januar auf Ankündigungen in der Presse, Aushänge etc. achten. Alternativ kann man sich auch schon jetzt unverbindlich per email (info@die-linke-butzbach.de) melden.

Rechtzeitig vor dem Auf-takt wird dann eine Information mit den Terminen und den Zugangsdaten zugeschickt.



Servet Yildirim
kandidiert für den Ausländerbeirat

"Ich hoffe, dass möglichst viele Wahlberechtigte ihre Stimme für den Ausländerbeirat abgeben."

Von den knapp 28.000 Butzbacherinnen und Butzbachern haben etwa 4.000 ausländische Wurzeln. Diese Butzbacher:innen dürfen bei der Kommunalwahl am 15. März 2026 ihre Stimme für den Ausländerbeirat abgeben. Wie beim letzten Mal, wird

auch diesmal unter dem Namen "**Internationale Liste Butzbach**" eine überparteiliche Liste mit Kandidat:innen unterschiedlichster Herkunft antreten.

Für die Linke tritt Servet Yildirim auf dieser Liste an. Sie war bereits in der laufenden Wahlperiode im Ausländerbeirat aktiv und hat dort den Vorsitz übernommen.

Servet Yildirim erläutert die Bedeutung des Ausländerbeirats: "Auch wenn es sich 'nur' um einen Beirat handelt, kann dieser doch den einen oder anderen Anstoß für die Kommunalpolitik geben. Die Möglichkeit in Butzbach nach islamischem Ritus bestattet zu werden, geht zum Beispiel auf eine Anregung des Ausländerbeirats zurück." Servet Yildirim hofft, dass möglichst viele Wahlberechtigte ihre Stimme für den Ausländerbeirat abgeben.



Grundwasser schützen!

Dass das Trinkwasser knapp werden könnte, war in den trockenen und zum Teil sehr heißen Sommern immer mal wieder Thema. So mussten zum Beispiel Tankwagen zeitweise Urichstein mit Wasser beliefern. Und das, obwohl die Gemeinde im Wasserreservoir des Vogelsbergs liegt. Grundwasserschutz braucht auch in Butzbach mehr Beachtung!

In Zusammenhang mit einem Bauleitplanungsverfahren der Stadt Münzenberg ist nun publik geworden, dass der Kampf ums Trinkwasser ganz real auch Butzbach erreicht hat. Einem Landwirt aus Münzenberg wurde vom Regierungspräsidium Darmstadt die Entnahme von jeweils 49.500 m³ Wasser pro Jahr genehmigt. Die Entnahme erfolgt aus zwei Brunnen, die sich aus dem gleichen Grundwasserleiter speisen, aus dem auch die "Energie und Versorgung Butzbach GmbH" (EVB) Trinkwasser fördert. In einer Stellungnahme zum Bauleitplanungsverfahren, erläutert die EVB die Situation detailliert und plausibel:

Obwohl im vergangenen

Sommer nur der erste Brunnen in Betrieb war, sei es zu Problemen in Form von Trübungen am Brunnen Pohl-Göns II gekommen.

Insbesondere beklagt die EVB, dass sie im Zuge des Genehmigungsverfahrens nicht angehört wurde und deshalb keine Möglichkeit hatte, Einfluss zu nehmen. Für die Linke.offene Liste Butzbach ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Interessen der Landwirtschaft über die Bedürfnisse der Bevölkerung gestellt werden.

Sauberer Wasser ist ein elementares Gut für die Menschen. Die Linke setzt sich deshalb auf allen Ebenen dafür ein, dass Wasser wirksam geschützt wird.

Die Linke offene Liste appelliert dringend an die an-

deren Fraktionen in der Butzbacher Stadtverordnetenversammlung, gemeinsam die Grundwasserreserven zu schützen und aktiv zu werden.

Für die Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hatte sie einen entsprechenden Antrag vorbereitet und diesen vorab allen Fraktionen zukommen lassen.

Darin wird das Regierungspräsidium Darmstadt gebeten, die beiden Genehmigungen zur Entnahme des Trinkwassers zu überprüfen und diese zurückzunehmen, wenn sich der Zusammenhang mit der von der EVB gemachten Beobachtung bestätigt.



Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: E. Klengel,
Gießener Straße 47,
Butzbach. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de

Besuchen Sie uns:
www.die-linke-wetterau.de
www.die-linke-butzbach.de

Termine der offenen Gruppentreffen bitte unter [info\(at\)die-linke-butzbach.de](mailto:info(at)die-linke-butzbach.de) erfragen.